



Presseinformation

Nr. 325/2001

Kiel, Donnerstag, den 27. September 2001

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Forstpolitik/Neuorganisation der Forstwirtschaft

Christel Happach-Kasan: „Wir brauchen eine gewinnorientierte Waldbewirtschaftung“

In Ihrem heutigen Redebeitrag zu **TOP 13 und 25** (Forstwirtschaft) erklärte die umwelt- und agrarpolitische Sprecherin, **Dr. Christel Happach-Kasan**:

„Schleswig-Holstein ist ein waldarmes Land. Daran hat sich auch durch die rot-grüne Landesregierung nichts geändert. Bereits seit zehn Jahren verfolgt und scheitert die Landesregierung an dem Ziel, einen Waldanteil von 12 % der Landesfläche zu erreichen.

In der vom Landtag einstimmig beschlossenen Waldresolution haben wir dies Ziel bekräftigt und es mit der Notwendigkeit der Holzproduktion, den Schutzwirkungen des Waldes für Klima, Wasser, Natur und Umwelt und seiner Erholungsfunktion begründet. Die meisten Menschen in Deutschland gehen lieber im Wald spazieren als durch Wiesen und Felder, so das Ergebnis einer Allensbach-Umfrage. Die Ministerpräsidentin hat in dem vom Gemeindetag herausgegebenen Heft „Neuer Wald für unsere Gemeinde“ geschrieben: „Wald hilft der Natur und er macht Freude – Jung und Alt und dies dauerhaft“.

Dies sieht die FDP genauso und wir zeigen in unserem Antrag Wege auf, wie auch bei knappen Kassen das Ziel eines Waldanteils von 12% zu erreichen ist.

Oftmals sind seltene Dinge begehrt. Nicht so in Schleswig-Holstein. Wir haben wenig Wald und Regierung und Behörden tun alles, damit es nicht mehr wird. Das ist nicht zu verstehen. Mit der Verlagerung der Forstverwaltung ins Umweltministerium geht die Verminderung der Neuwaldbildung einher. Es ist nicht nachvollziehbar, warum die vielen Umweltwirkungen des Waldes vom behördlichen wie auch dem verbandlichen Naturschutz nicht anerkannt werden. Das neue Modell des Naturschutzes, die halboffene Weidelandschaft, in Höltigbaum mit

Christian Albrecht, Pressesprecher, V.i.S.d.P., FDP Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Landeshaus, 24171 Kiel, Postfach 7121, Telefon: 0431/9881488 Telefax: 0431/9881497, E-Mail: fraktion@fdp-sh.de, Internet: <http://www.fdp-sh.de/>

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Dr. Christel Happach-Kasan, MdL
Stellvertretende Vorsitzende

Dr. Ekkehard Klug, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Christel Aschmoneit-Lücke, MdL

Joachim Behm, MdL

Dr. Heiner Garg, MdL

Günther Hildebrand, MdL

www.fdp-sh.de

enormem Mittelaufwand installiert, führt doch das Land zurück ins 18. Jahrhundert.

Damals hat man mit der Verkoppelung die Trennung von Viehweiden und Wäldern beschlossen und Wirtschaftswälder geschaffen, die inzwischen wesentliche Beiträge zur Holzproduktion und zum Naturschutz leisten.

Wer mehr Wald will, muss auch sagen, wie er finanziert werden soll.

Im Privatwald wurde in den Jahren 1994 bis 1996 ein durchschnittlicher Reinertrag von 74 DM pro Jahr und ha erwirtschaftet, so der Umdruck 14/4079, die reine Bewirtschaftung des Landeswaldes kostete 1995 etwa 100 DM pro ha. Unter diesen Bedingungen bedeutet jede Mehrung des Waldes höhere Kosten.

Der Privatwald und auch die Kreisforsten im Herzogtum Lauenburg zeigen, dass es auch anders geht. Auch im Kreis Herzogtum Lauenburg werden die Wälder im Schnitt der Jahre kostendeckend bewirtschaftet. Und dies sind keine Holzacker. Die Landesregierung hat ein Drittel der Kreisforsten als FFH-Gebiete ausgewiesen. Gewinnorientierung und naturgemäße Waldbewirtschaftung sind kein Widerspruch, sondern ergänzen sich zum Nutzen des Landes.

Eine gewinnorientierte Bewirtschaftung der Wälder kann nur langfristig angelegt werden. Die Betriebsziele sind entsprechend festzulegen, Vergleichsparameter müssen entwickelt werden, um einen Leistungsvergleich zu ermöglichen, Leistungen für Dritte, die nicht dem Forstbetrieb dienen, müssen entgolten werden.

Bei gewinnorientierter Bewirtschaftung wird sich das Land seinen Waldbesitz auch wieder leisten können. Es kann ja nicht sein, dass das Landesblindengeld gekürzt wird, und im Gegenzug der Umweltminister Urwaldkonzepte durchsetzt, statt hieb reife Bäume zu ernten. Wer Holz Möbel schätzt, PVC-Fenster durch Holzfenster ersetzen will, der muss sich doch auch für die Holzproduktion einsetzen.

Das Land als größter Waldbesitzer hat eine Vorbildfunktion zu erfüllen und muss sich in seinem Handeln am Gesamtnutzen für alle Waldbesitzarten orientieren.

Das Öffentliche Forum Anfang September „Zukunftsfähige Forstwirtschaft in Schleswig-Holstein“ hat deutlich gemacht, dass diejenigen Bundesländer, die viel Wald haben, diesen auch besonders effizient bewirtschaften. Sie könnten ihn sich sonst nämlich nicht leisten. Daher ist es nicht erstaunlich, dass das bayerische Organisationsmodell am meisten überzeugte.

In der Neuwaldbildung setzen wir auf den Privat- und Kommunalwald. Daher wollen wir die Förderung forstlicher Maßnahmen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe aufrecht erhalten. Dies ist effektiv, denn es werden in erheblichem Maß Komplementär mittel gebunden. Dies ist auch möglich, wenn es denn gewollt ist. Der Haushalt des Umweltministeriums

lässt eine Menge Spielraum für die Förderung forstlicher Maßnahmen. Nicht knappe Kassen diktieren daher den Ausstieg aus dieser Förderung, sondern allein und ausschließlich der politische Wille der Landesregierung.

Und es war wohl auch nicht Zufall, dass ein Abteilungsleiter des Landesamtes für Natur- und Umweltschutz auf dem Forum im September sagte: „Nur der schlafende Förster ist ein guter Förster“. Bei so viel Ignoranz sind keine guten Entscheidungen zu erwarten.

Dem grünen Umweltminister ist es gelungen, im Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler aufgeführt zu werden. In Treia wurden 43,5 ha aufgeforstet, Kosten: 1,5 Millionen DM, das sind mehr als 30 000 DM pro ha. Das können Private wesentlich kostengünstiger.

Im April auf der Umweltmesse wurde von der Landesregierung öffentlichkeitswirksam ausgeführt, dass die Landesregierung wieder auf mehr Neuwaldbildung und forstliche Förderung setzt. Der Landesanteil sollte gegenüber den Vorjahren sogar aufgestockt werden.

Die Agenda 21 fordert ein Gleichgewicht von Ökonomie und Ökologie unter Berücksichtigung sozialer Aspekte. Unser Konzept wird diesem Grundsatz gerecht.

Bei der Landesregierung ist ein Umdenken angebracht. Neuwaldbildung ist ein gemeinsames Ziel. Dieses müssen wir aber im Sinne der Agenda 21 effizient, betriebswirtschaftlich sinnvoll und ökologisch ausgewogen erreichen. Unser Konzept dafür ist schlüssig.